

Antrag 1.7.2: Demokratieförderung unterstützen und die Gefahren von rechts abwehren

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.
Status:	angenommen
Antragskommission:	Annahme

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir sehen uns heute häufig mit populistischen Äußerungen und rassistischen
4 Anfeindungen konfrontiert. Der Hass, der richtet sich hierbei zunehmend auf alle
5 Personen, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird sowie gegen die
6 Unterstützer*innen aus Politik und Zivilgesellschaft.

7

8 Die AWO entwickelt und bietet bundesweit Fortbildungsmodule an, die diesen
9 Entwicklungen Rechnung tragen und die Menschen in der Auseinandersetzung mit
10 Anfeindungen in ihrer Handlungsfähigkeit stärken.

Begründung

Wir müssen unsere Mitglieder und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzen die Sprachlosigkeit zu überwinden, die man hat, wenn man sich Stammtischparolen, populistischen Vorurteilen oder rassistischen Sprüchen ausgesetzt fühlt. Es geht nicht darum, die Demokratiefeinde und Menschenfeinde zu bekehren. Es geht darum, die Mehrheit unserer aufrechten Mitglieder und Mitarbeitenden in die Lage zu versetzen, Haltung zu zeigen und Demokratie zu leben.

Der AWO-Bezirksverband Braunschweig hat bereits mit einer ersten Seminar-Reihe gemeinsam mit dem Zentrum für demokratische Bildung in Wolfsburg Erfahrungen gesammelt. Wohlfahrtsverbände sind aufgrund ihres Auftrages, ihrer bundesweiten Präsenz und ihres Ansehens besonders geeignet, gegen rechtspopulistische Meinungen vorzugehen. Viele rechte Einstellungsmuster sind bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet, dagegen muss vorgegangen werden.

Die Arbeiterwohlfahrt ist aufgrund ihrer Geschichte auch in einer besonderen Verpflichtung. Die AWO ist der einzige Wohlfahrtsverband, der durch das NS-Regime verfolgt wurde, sie wurde verboten, Mitglieder wurden verfolgt, haben sich durch Flucht entzogen, haben sich in den Widerstand begeben, oder sind in den Konzentrationslagern der Nazis umgekommen. Wir sind uns nicht nur deshalb als Mitglieder und Beschäftigte des Verbandes der besonderen Verantwortung bewusst.

Bundesweit muss kontinuierlich mit Seminaren qualifiziert werden. Seit Jahren erleben

rechtspopulistische Kräfte in Europa einen Auftrieb. Sie wollen nicht nur die Europäische Union abwickeln, sondern treten offen und unverhohlen auch gegen Minderheiten wie Muslime, Homosexuelle oder Flüchtlinge ein. Auch in Deutschland haben wir, besonders in den letzten Jahren, Bewegungen und Parteien, wie Pegida oder die AFD, die mit ihren nationalistischen und antiliberalen Thesen an konservative und bürgerliche Positionen anknüpfen und bis in die Mitte unserer Gesellschaft Fuß fassen. Wir stehen zu unserem demokratischen Rechtsstaat und wir stehen ein für eine bunte, vielfältige und sozial gerechte Gesellschaft. In diesem Sinne dürfen wir niemanden sprachlos zurücklassen.